



Disclaimer: unless otherwise agreed by the Council of UPOV, only documents that have been adopted by the Council of UPOV and that have not been superseded can represent UPOV policies or guidance.

This document has been scanned from a paper copy and may have some discrepancies from the original document.

Avertissement: sauf si le Conseil de l'UPOV en décide autrement, seuls les documents adoptés par le Conseil de l'UPOV n'ayant pas été remplacés peuvent représenter les principes ou les orientations de l'UPOV.

Ce document a été numérisé à partir d'une copie papier et peut contenir des différences avec le document original.

Allgemeiner Haftungsausschluß: Sofern nicht anders vom Rat der UPOV vereinbart, geben nur Dokumente, die vom Rat der UPOV angenommen und nicht ersetzt wurden, Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder.

Dieses Dokument wurde von einer Papierkopie gescannt und könnte Abweichungen vom Originaldokument aufweisen.

Descargo de responsabilidad: salvo que el Consejo de la UPOV decida de otro modo, solo se considerarán documentos de políticas u orientaciones de la UPOV los que hayan sido aprobados por el Consejo de la UPOV y no hayan sido reemplazados.

Este documento ha sido escaneado a partir de una copia en papel y puede que existan divergencias en relación con el documento original.

UPOV**RC/ad hoc/ 5****ORIGINAL:** englisch**DATUM:** 29. August 1978**INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN**

GENEVE

**AD HOC AUSSCHUSS FÜR DIE
REVISION DES ÜBEREINKOMMENS****Genf, 11. bis 15. September 1978**

BEMERKUNGEN ZUM ENTWURF DES REVIDIERTEN ÜBEREINKOMMENS

von den Vereinigten Staaten vorgelegt

Das State Department in Washington hat mit Schreiben vom 22. August 1978 Bemerkungen der Vereinigten Staaten von Amerika zum Entwurf der revidierten Akte des Übereinkommens übermittelt und gebeten, sie nur innerhalb der Verbandsstaaten der UPOV zu verbreiten. Eine Übersetzung dieser Bemerkungen ist in der Anlage zu diesem Dokument wiedergegeben.

[Anlage folgt]

ANLAGE

BEMERKUNGEN DES STATE DEPARTMENT DER REGIERUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA
ZU DEM ENTWURF DER REVIDIERTEN AKTE DES PARISER ÜBEREINKOMMENS VOM 2. DEZEMBER 1961
ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

SCHREIBEN DES DIREKTORS DES OFFICE OF BUSINESS PRACTICES, MR. HARVEY WINTER,
AN DEN GENERALSEKRETÄR DER UPOV, DR. ARPAD BOGSCH, VOM 22. AUGUST 1978

Mit diesem Schreiben möchte ich Sie und den Ad Hoc Ausschuss für die Revision des UPOV-Übereinkommens über die Ansicht der Vereinigten Staaten zu den Artikeln des Entwurfs des revidierten Übereinkommens unterrichten, die uns noch Sorge machen, jedoch mit Ausnahme des Artikels 13. Unsere Ansichten zu Artikel 13 werden wir in Kürze übersenden. Da wir damit rechnen, dass unsere Schwierigkeiten möglicherweise durch den Ad Hoc Ausschuss während seiner bevorstehenden Tagung beseitigt werden, schlage ich vor, dass dieses Schreiben sowie das nachfolgende Schreiben zu Artikel 13 nur den interessierten Beamten der gegenwärtigen Verbandsstaaten der UPOV zugeleitet werden.

Artikel 3

Wir gehen davon aus, dass das Patent- und Warenzeichenamt weiterhin Inländerbehandlung im Rahmen der Vorschriften und der Bedingungen der Artikel 2 und 3 der Pariser Verbandsübereinkunft [Schutz des gewerblichen Eigentums] gewähren kann. Das Landwirtschaftsdepartment hat mich unterrichtet, dass das Sortenschutzamt Rechte unter den Bedingungen der Gegenseitigkeit gemäß Absatz 3 gewähren wird.

Artikel 4

Die vorgeschlagenen Absätze 3 Buchstaben a und b sind in der Weise abgefasst, dass ein Staat dem Übereinkommen schon dann angehören kann, wenn er nur 24 Arten einer einzigen Pflanzengattung für schutzfähig erklärt. Wir fragen uns, ob mit diesen Bestimmungen die Absicht verfolgt wird, die Mitgliedsschaft im Verband auch einem Staat zugänglich zu machen, der den Pflanzenzüchtern einen solchen beschränkten Schutz gewährt, oder ob ihre unangemessene Enge die Folge eines Redaktionsversehens ist. In jedem Fall schlagen wir vor, die Wörter "oder Art" in diesen Absätzen zu streichen. Das würde es dem Rat nach wie vor gestatten, neue Verbandsstaaten, die einen weiteren Schutz nicht gewähren können, auf der Grundlage des Absatzes 4 zuzulassen.

Artikel 5

Wir haben sorgfältige Überlegungen darüber angestellt, ob es erwünscht ist, den Schutz von Schnittblumen zwingend vorzuschreiben. Praktische Erwägungen haben uns jedoch überzeugt, dass es den Verbandsstaaten überlassen bleiben sollte, ob sie einen Schutz gewähren wollen, wie dies jetzt in Absatz 4 bestimmt ist.

Ob die Ausübung der Züchterrechte den unerlaubten Verkauf von Schnittblumen erfolgreich verhindern kann, hängt im wesentlichen von der Befugnis des Züchters ab, deren Einfuhr zu untersagen. Die Züchter haben festgestellt, dass viele Länder (darunter die Vereinigten Staaten) nicht über Gesetze verfügen, die diesem Zweck vollkommen entsprechen. Eine Vorschrift im Übereinkommen, diesen Schutz vorzusehen, würde die Zugehörigkeit zum Verband für viele Staaten schwierig oder unmöglich machen. Der Schutz der Züchter wird am besten gewährleistet, wenn das Übereinkommen auf breiter Basis angenommen wird; diesem Ziel könnten die Vorschläge [den Schutz auf Schnittblumen zu erstrecken] aber entgegenwirken.

Auf der anderen Seite sollten die Züchter jeden möglichen Anreiz erhalten, um neue Sorten hervorzubringen. Wir meinen deshalb, dass die Diplomatische Konferenz den Verbandsstaaten empfehlen sollte, Massnahmen zu ergreifen, um in ihrem nationalen Recht Schnittblumen zu schützen. Der Sachverständigenausschuss zur Auslegung und Revision des Übereinkommens hat in seiner Sitzung im September 1977 beschlossen, dass eine ähnliche Empfehlung für den Schutz von Jungpflanzen wünschenswert ist. Die beiden Empfehlungen könnten miteinander verbunden werden.

Artikel 6

Der Rat der UPOV hat unserer Auffassung nach entschieden, dass das Patent- und Warenzeichenamt die Vorschriften der Sektionen 102 und 103 unserer Patentgesetze aufgrund des Artikels 34A Absatz 2, der die Vorschriften von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a und b insoweit ersetzt, anwenden kann. Wir gehen ferner davon aus und sind damit einverstanden, dass sich das Sortenschutzamt nicht auf diesen Artikel [34A] berufen kann. Von diesem Amt wird erwartet, dass es bei der Behandlung von Züchterrechten die Neuheit nach den Grundsätzen von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a und b beurteilt.

Das Landwirtschaftsdepartment ist sich darüber im klaren, dass die Sektion 42 des Sortenschutzgesetzes nicht die Vierjahresschranke enthält, die für die Schutzgewährung in Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii aufgestellt wird. In mehreren UPOV-Sitzungen hat sich dieses Department bereiterklärt, eine kleinere Änderung in Sektion 42 einzuführen, durch die eine Vierjahresschranke errichtet wird. Es ist der Auffassung, dass eine solche Änderung im Interesse unseres Saatguthandels liegt und erwartet keinen Widerstand bei ihrer Einführung.

Das Sortenschutzamt wird die Neuheitsschonfrist von Artikel 6 in Anspruch nehmen, obwohl dieser Artikel nicht die Neuheitsschädlichkeit wegen einer [offensichtlichen] Vorbenutzung oder eines früheren Bekanntseins der Sorte vorsieht. Ich bin vom Landwirtschaftsdepartment indessen darüber unterrichtet worden, dass diese Gründe für eine Neuheitsschädlichkeit in Wirklichkeit im Saatguthandel nicht anwendbar sind. Abgesehen von Erprobungsmassnahmen macht der Handel ausserhalb des Inverkehrbringens neue Sorten nicht bekannt. Das Landwirtschaftsdepartment wird deshalb eine Änderung des Sortenschutzgesetzes anstreben, durch die die Vorteile der Neuheitsschonfrist auf das Feilhalten und den Vertrieb einer neuen Sorte beschränkt werden.

Der Satz "Mit der Sorte vorgenommenen Versuche ... Recht auf Schutz." geht davon aus, dass ein Versuch, der ein Feilhalten oder einen Verkauf, selbst als notwendiges Element des Versuchs, einschliesst, das Recht auf Sortenschutz beeinträchtigen kann. Eine solche Auslegung widerspricht der Schlussfolgerung des Sachverständigenausschusses in den Erläuterungen zu diesem Artikel (Dokument IRC/VI/2), dass jeder Verbandsstaat selbst die Trennungslinie zwischen einer Benutzung zu Versuchszwecken und einem Vertrieb ziehen kann und muss. Eine Erklärung dieses Widerspruchs erscheint notwendig.

Artikel 7

Ich bin davon unterrichtet worden, dass sowohl das Patent- und Warenzeichenamt als auch das Sortenschutzamt ihre Prüfungsverfahren in Übereinstimmung mit der Erklärung des Rats zu diesem Artikel (die während der zehnten ordentlichen Tagung angenommen wurde) durchführen werden.

Artikel 10

In mehreren UPOV-Sitzungen haben die Delegationen der Vereinigten Staaten ihre Sorge über den einschränkenden Charakter von Artikel 10 zum Ausdruck gebracht. Dieser Artikel trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass Patentrechte in den Vereinigten Staaten abgeändert und für nichtig erklärt werden können, um einer Verletzung unserer Kartellgesetze Rechnung zu tragen. Das gleiche trifft zweifelsfrei auch für Sortenschutzsertifikate zu, obwohl diese Frage noch nicht gerichtshängig war.

Dieser offensichtliche Widerspruch zwischen Artikel 10 und unserer Kartellrechtsprechung wird, so sind wir unterrichtet worden, unter Berufung auf Artikel 9 gelöst. Artikel 9 lässt es zu oder schreibt sogar vor, dass Züchterrechte durch das öffentliche Interesse beschränkt werden. Verletzungen unserer Kartellgesetze beeinträchtigen ganz offensichtlich das öffentliche Interesse und eine für diesen Zweck vorgenommene Abhilfe würde Artikel 10 nicht verletzen. Unsere Auffassung zu dem Verhältnis zwischen den Artikeln 9 und 10 und unseren Kartellgesetzen hat jedoch nirgendwo seinen Niederschlag gefunden.

Absatz 2 bestimmt, dass die gesetzlichen Rechte des Züchters aufgehoben werden, wenn er nicht länger in der Lage ist, der Prüfungsbehörde Material zur Verfügung zu stellen, das gestattet, die geschützte Sorte hervorzubringen. Wir stimmen mit dem Grundsatz des Absatzes 2 überein, dass Züchterrechte an einer Sorte, die der Züchter nicht mehr länger herstellen kann, nicht aufrechterhalten werden

sollten. Wie wir die Vorschrift verstehen, verlagert sie die Beweislast im Rechtsstreit über die Gültigkeit des Rechts auf den Züchter. Diese Beweislastverlagerung wird möglicherweise in unserem Pflanzenpatentrecht nicht vorgesehen. Benutzer des Pflanzenpatentsystems haben allerdings darauf hingewiesen, dass ihre gesetzlichen Rechte und das gesamte System verbessert werden könnten, wenn vorgeschrieben würde, dass eine Probe des Vermehrungsmaterials aufbewahrt wird. In vergleichbarer Weise verlangt unser Recht über mikrobiologische Erfindungen, dass die Mikroorganismen, auf die der Patentinhaber sich bezieht, aufbewahrt und öffentlich verfügbar gehalten werden.

Wir erwarten keinen ernsthaften Widerspruch gegen eine dementsprechende Änderung des Pflanzenpatentrechts. Eine solche Änderung könnte zum Inhalt haben, dass der Inhaber eines Pflanzenpatents sein Schutzrecht einbüsst, wenn er einem Gericht, das über die Gültigkeit des Patents zu befinden hat, oder einer gehörig ermächtigten Regierungsstelle keine Probe der geschützten Sorte vorlegen will oder kann.

In der englischen Fassung scheint Absatz 2 allerdings mehr als eine Beweislastregelung zu sein. Die Bestimmung könnte dahin ausgelegt werden, dass sie eine zuständige Behörde ermächtigt, Vermehrungsmaterial anzufordern und das Züchterrecht aufzuheben, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird. Liest man den Absatz in dieser Weise, so wird sein Verhältnis zu Absatz 3 recht unklar.

Könnte Absatz 2 nicht so geändert werden, dass klargestellt wird, dass er mit den Massnahmen zur Erhaltung der Sorte des Absatzes 3 nichts zu tun hat? Dies könnte zum Beispiel in der Weise geschehen, dass die Wörter "wenn er nicht in der Lage ist, der zuständigen Behörde das Vermehrungsmaterial vorzulegen" in Absatz 2 durch "wenn er [kein Vermehrungsmaterial] mehr besitzt" ersetzt werden.

Artikel 11

Dieser Artikel gibt dem Züchter einer neuen Sorte das Recht zu entscheiden, in welchem Verbandsstaat der UPOV er seine erste Anmeldung zur Erteilung von Sortenschutz einreicht. Die Abschnitte 184 bis 186 unserer Patentgesetze verpflichten den Züchter demgegenüber, eine Erlaubnis zu erwirken, wenn er eine erste Schutzrechtsanmeldung in einem ausländischen Staat einreicht. Diese Sektionen tragen der Tatsache Rechnung, dass die Regierung die Übermittlung von Informationen, die die nationale Sicherheit beeinträchtigen könnten, ins Ausland überwachen muss. Ähnliche Überlegungen ergeben sich auch im Anwendungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums]. Obwohl die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] keine besondere Bestimmung enthält, wonach ein Staatsangehöriger eines Mitgliedsstaats befugt ist, eine Patentanmeldung zuerst in einem anderen Mitgliedsstaat einzureichen, sind die prioritätsrechtlichen Bestimmungen immer dahin verstanden worden, dass sie eine solche Befugnis beinhalten. Ein Staatsangehöriger eines Verbandsstaats, der seine Erstanmeldung in einem anderen Verbandsstaat einreicht, kann das Prioritätsrecht in seinem eigenen Staat auf der Grundlage der Erstanmeldung in Anspruch nehmen. Es wird ferner davon ausgegangen, dass das Recht, eine Patentanmeldung im Rahmen der Pariser Verbandsübereinkunft im Ausland einzureichen, aus Gründen der nationalen Sicherheit eingeschränkt oder aufgehoben werden kann, obwohl die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] eine Bestimmung über das öffentliche Interesse entsprechend dem Artikel 9 des UPOV-Übereinkommens nicht enthält. Wir sind daher der Auffassung, dass die Sektionen 184 bis 186 unserer Patentgesetze mit Artikel 11 aus den gleichen Gründen vereinbar sind, aus denen diese Sektionen mit der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] vereinbar sind.

Artikel 12

Dieser sehr komplizierte Artikel betrifft das Prioritätsrecht und entspricht Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums]. Die Voraussetzungen und Bedingungen zur Erlangung dieses Rechts unterscheiden sich allerdings in beiden Übereinkommen in mehrfacher Hinsicht. Die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] verlängert das Prioritätsjahr, wenn der letzte Tag auf einen Feiertag oder auf einen Tag fällt, an dem das Prüfungsamt geschlossen ist. Ferner braucht die Priorität nach der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] nicht auf die zuerst eingereichte Anmeldung gestützt zu werden, wenn diese Anmeldung aufgegeben worden ist und keine restlichen Rechte bestehen geblieben sind. Keiner dieser Vorteile ist für die Züchter nach dem UPOV-Übereinkommen vorgesehen.

Es gibt ferner Unterschiede zwischen den Übereinkommen, was die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen für die Erlangung des Prioritätsrechts betrifft. Das UPOV-Übereinkommen gewährt einem Züchter nur eine Dreimonatsfrist nach Einreichung einer ausländischen Anmeldung, um eine Abschrift der Heimateanmeldung dem ausländischen Amt einzureichen. Die Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] stellt demgegenüber hierfür keine zeitliche Begrenzung auf. Ausserdem gibt das UPOV-Übereinkommen einem Prüfungsamt nicht die Befugnis, eine beglaubigte Übersetzung der Heimateanmeldung zu verlangen.

Nach meinen Informationen ist formlos vereinbart worden, dass das Patent- und Warenzeichenamt weiterhin die Bedingungen und Voraussetzungen der Pariser Verbandsübereinkunft [zum Schutz des gewerblichen Eigentums] auf Angehörige von Staaten, die dieser Pariser Verbandsübereinkunft angehören und ein Prioritätsrecht bei uns in Anspruch nehmen, anwenden wird. Das Sortenschutzamt wird Artikel 12 des UPOV-Übereinkommens anwenden. Eine zweckdienliche Niederschrift über dieses Einverständnis ist erforderlich.

Absatz 3 sieht eine Vierjahresfrist für die Vorlage von Vermehrungsmaterial bei einem ausländischen Prüfungsamt, vor dem der Prüfer das Prioritätsrecht in Anspruch genommen hat, vor. Dieses Material wird benötigt, um Anbauprüfungen durchzuführen. Die Prüfung einer Sortenschutzanmeldung kann nicht beginnen, bevor das Material eingeht.

Unsere Delegationen zu UPOV-Sitzungen haben erklärt, dass eine solche Vierjahresfrist nur Bedeutung hat, wenn das Prüfungsamt Vermehrungsmaterial zu prüfen hat. Wo keine regierungsseitige Anbauprüfung durchgeführt wird, wie das in den Vereinigten Staaten der Fall sein würde, wäre es für das Prüfungsamt sinnlos, bis zu vier Jahren zu warten, bevor es mit der Prüfung einer Sortenschutzanmeldung oder einer Patentanmeldung beginnt.

Der Rat hat zugestimmt, dass von uns nicht verlangt werden sollte, unsere Prüfung einer solchen Anmeldung aufzuschieben. Dieses Einverständnis ist allerdings mit dem vorgeschlagenen neuen Wortlaut von Absatz 3 nicht vereinbar. Diese mangelnde Übereinstimmung würde beseitigt, wenn das Ende des ersten Satzes von Absatz 3 wie folgt gefasst würde: "... und das für die Anbauprüfung erforderliche Material ..." [im deutschen Text notwendige Ergänzung vom Verbandsbüro unterstrichen].

Ich meine, dass es für eine baldige Lösung irgendwelcher Fragen, die sich im Zusammenhang mit den oben erörterten Ansichten unserer Regierung zu mehreren Artikeln und zu Artikel 13 ergeben könnten, äusserst nützlich wäre, wenn ein Vertreter unserer Regierung zu der kommenden Sitzung des Ad Hoc Ausschusses für die Revision des Übereinkommens, die vom 11. bis 15. September 1978 stattfinden soll, eingeladen würde. Wenn sich dies bewerkstelligen lässt, so bitten wir um möglichst baldige Unterrichtung, damit wir die notwendigen Vorkehrungen für die Teilnahme an der Sitzung treffen können. Sollten sich in der Zwischenzeit Fragen zu unseren Ansichten ergeben oder weitere Erklärungen gewünscht werden, bitte ich um Mitteilung.

[Ende der Anlage und des Dokuments]